

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Ströbele und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/5263 —

Verwendung von Bundesmitteln im Zusammenhang mit der Firma Sonnenschein GmbH seit 1. Januar 1985

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft – IV A 4 – 02 71 00 – hat mit Schreiben vom 14. April 1986 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Aus Haushaltsmitteln welcher Bundesministerien wurden Beschaffungen in welcher Höhe bei der Firma Sonnenschein GmbH in Büdingen getätigt?
2. Für welche konkreten Projekte wurden die Bundesmittel bezahlt oder bewilligt?

Beschaffungen bei der Firma Sonnenschein GmbH wurden im genannten Zeitraum aus Haushaltsmitteln folgender Bundesministerien getätigt:

Bundesminister für Verkehr (Batterien für Fahrzeuge, Meßgeräte und Notstromeinrichtungen),

Bundesminister der Verteidigung (Batterien),

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (Kraftfahrzeug-Startbatterien, Antriebsbatterien und Batterien für Stromversorgungsanlagen des Fernmeldewesens).

Wie bereits in der Antwort vom 28. Januar 1985 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schneider (Berlin) und der Fraktion DIE GRÜNEN zur Verwendung von Bundesmitteln im Zusammenhang mit der Firma Sonnenschein GmbH (Drucksache 10/2813) ausgeführt wurde, sind die Beschaffungen unter Anwendung der Vergabebestimmungen der öffentlichen Hand, insbesondere VOL, durchgeführt worden. Danach können Angaben

über Auftragsvolumina wegen der vorgeschriebenen Vertraulichkeit nicht gemacht werden.

3. Sind Forschungsaufträge an die Firma Sonnenschein GmbH aus dem Bundesverteidigungsministerium oder dem Bundeswirtschaftsministerium erteilt oder geplant, die sich auf die Entwicklung von elektronischen Batterieüberwachungsgeräten beziehen?
4. Falls Frage 3 bejaht wird, beziehen sich die Forschungsaufträge zur Entwicklung der Batterieüberwachungsgeräte darauf, bis zu zehn Jahre alte „eingemottete“ Sonnenscheinbatterien in den Leopard-Panzern der Bundeswehr zu überprüfen?

Forschungsaufträge für den genannten Zweck wurden nicht vergeben.

5. Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Berichte in der Presse zu, daß die Firma Sonnenschein für den Neubau eines Werkes in der Bundesrepublik Deutschland bisher vergeblich nach einem Standort gesucht hat, weil keine Gemeinde das Risiko auf sich nehmen will, umweltschutzgefährdende Produktionsmethoden der Firma Sonnenschein ihren Bürgern zuzumuten?

Nach Mitteilung der Firma Sonnenschein GmbH erschweren gezielte Aktivitäten interessierter Gruppen die Standortwahl. Dessenungeachtet beabsichtige das Unternehmen, zu gegebener Zeit aus einer großen Zahl von Angeboten eine Entscheidung zu treffen.

6. Wie beurteilt es die Bundesregierung, daß Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling in diverse Ordnungswidrigkeitsverfahren in Berlin (West) wegen Nichtbeachtung von Anordnungen des Senats von Berlin durch die Firma Sonnenschein wegen unbekümmertem Umgang mit Blei und anderen Umweltgefährdungen verwickelt ist?

Die Bundesregierung ist lediglich von einem anhängigen Ermittlungsverfahren unterrichtet, zu dem sie jedenfalls vor Abschluß nicht Stellung nimmt.

7. Erwägt der Bundeskanzler, den Bundespostminister zu entlassen, falls in Berlin Anklage wegen illegalem Betrieb von Produktionsanlagen, die durch den Ausstoß von Blei in die Umgebung des Betriebes eine gefährliche Situation für die umliegenden Anwohner in Berlin-Neukölln hervorgerufen haben, erhoben werden sollte?

Der Bundeskanzler beabsichtigt nicht, zu rein hypothetischen Fragen Stellung zu nehmen.